

## Deutschland.

**Berlin, 1. März.** Neuerdings spricht auch ein Artikel der „Revue contemporaine“ mit der größten Anerkennung vom Grafen Bismarck. Der Artikel hebt besonders zwei Punkte hervor: 1) daß namentlich eine Gefährdung des europäischen Friedens eintreten würde, wenn die guten Beziehungen zwischen Paris und Berlin gestört werden sollten, daß indessen das Letztere so lange nicht zu befürchten wäre, als die Leitung der preussischen Politik in den Händen des ausgezeichneten Ministers sich befände, der wisse, wo die wahren Bedingungen der Größe und Wohlfahrt seines Landes zu finden wären und daß es 2) der größte Verlust für Preußen und den norddeutschen Bund sein würde, wenn ein Staatsmann von der Bedeutung wie Graf Bismarck, der bisher die preussische und deutsche Politik mit geschickter und sicherer Hand geleitet hätte, vom politischen Schauplatz sich zurückziehen sollte. — Nach hier eingegangenen Nachrichten ist das Befinden des Kriegeministers v. Roon verhältnismäßig ganz günstig. Es sind alle Aussichten vorhanden, daß derselbe im Frühjahr hierher zurückkehren und seine Amtstätigkeit wieder übernehmen kann. — Die Nachricht, daß Herr v. Dlfers seine Stelle als General-Direktor der königlichen Museen niederlegen werde, ist nicht begründet. Herr v. Dlfers geht seiner Wiederherstellung entgegen und an ein Ausschcheiden aus seiner Stellung ist überhaupt auf keiner Seite gedacht worden. — Der jetzt verstorbenen Appellationsgerichts-Präsident von Möller in Breslau gehörte zu unsern bedeutendsten Juristen und hatte sich in den höchsten Kreisen solcher Anerkennung zu erfreuen, daß vor einigen Jahren, als Graf Lippe seine Entlassung nehmen wollte, daran gedacht wurde, ihm das Vorkesselle des Justizministeriums zu übertragen. — In der Vorlage, betreffend die Maßregeln zur Beförderung des Realkredits, welche die Regierung dem Landes-Oekonomie-Kollegium machen wird, ist ausgesprochen, daß durch die Aufhebung der Zinsbeschränkungen für den Hypothekenverkehr eine neue Veranlassung geboten sei, die zur Beförderung des Realkredits geeigneten Maßregeln scharf ins Auge zu fassen. Es wird eine Aeußerung des Kollegiums darüber verlangt, welche Vorschläge dasselbe in dieser Beziehung, abgesehen von der Verbesserung der Hypotheken-Substitutions-Ordnung in den 6 östlichen Provinzen der Monarchie, zu machen habe und insbesondere die Einrichtung einer Central-Hypothekenbank unter staatlicher Leitung mit Zweiganstalten in allen Provinzen nach Analogie der preussischen Bank für Personal-Kredit als ein Fortschritt gegenüber dem jetzigen System von Provinzial-Pfandbrief-Instituten zu betrachten sein würde. — Ueber die vorjährige Kinderpest liegen jetzt auch aus den Regierungsbezirken Düsseldorf und Erfurt amtliche Berichte vor. Im ersteren hat sie 60 Ortschaften, unter ihnen 9 Gehöfte, betroffen und war die Zahl der gefallenen und getödteten Thiere 113; im letzteren litten zwei Ortschaften, und unter ihnen 2 Gehöfte, unter der Seuche und fielen oder wurden getödtet 10 Stück Rindvieh. Die Entschädigungssumme betrug im Regierungsbezirk Düsseldorf 7257 Thlr. und im Regierungsbezirk Erfurt 394 Thlr.

**Berlin, 1. März.** Der König nahm gestern Vormittags die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, des Militär- und Civil-Kabinetts, des Geheimen Hofrathes Vord entgegen und fuhr um 2 Uhr mit der Königin, den Prinzen und Prinzessinnen zum Schluß der Landtagssession ins Schloß. Hierauf hatte der König eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und machte dann eine Ausfahrt. Abends erschienen der König, die Königin und die übrigen hohen Herrschaften in der Oper und beehrten sodann die Soiree des Kultusministers v. Müllers mit einem Besuch.

Unter dem Vorstehe des Kronprinzen fand am Mittwoch eine Sitzung des Hilfsvereins für Ostpreußen statt, in welcher mitgetheilt wurde, daß nach vorgenommenen Ermittlungen der Saatbedarf der Provinz Preußen beträgt: 25,000 Scheffel Sommerroggen, 140,000 Scheffel Gerste, 370,000 Scheffel Hafer, 76,000 Scheffel Erbsen, 5400 Scheffel Bohnen, 4000 Scheffel Lupinen, 27,000 Scheffel Wicken, 5000 Centner Klee- und Grassamen und endlich eine Million Scheffel Kartoffeln.

Die ziemlich zahlreichen Mitglieder des Abgeordneten- und auch des Herrenhauses, welche dem Zollparlamente angehören, haben, nach Parteien gruppiert, in den letzten Tagen vorbereitende Besprechungen gehabt, welche sich auf die Fraktionsbildung in der neuen parlamentarischen Körperschaft bezogen. Man wird nicht irren, wenn man annimmt, daß die National-Liberalen, die Freikonservativen und die Klerikalen unter beliebigen Namen die zahlreichsten Fraktionen bilden werden. Die Linke wird nicht stärker werden, als sie es im Reichstage war, und die Rechte eher noch einige Plätze an die Frei-Konservativen abgeben. Die Angaben über den Zusammentritt des Zollparlamentes sind wieder schwankend geworden, es heißt, es werde darüber doch der 20. oder 24. t. M. herankommen.

Dem Ministerpräsidenten v. Bismarck ist von einem Privatmann eine Denkschrift über die Zustände im Westerwalde überreicht worden, wofür dem Verfasser im Auftrage des Premiers von Herrn v. Diefel viel Verbindliches gesagt worden sein soll. Wie weiter von glaubwürdiger Seite das „F. f. Journal“ vernimmt, soll der Regierungspräsident auf's Bestimmteste versichert haben, daß dem Westerwald und seinen Zuständen eine unausgesetzte Sorgfalt gewidmet und eine Wiederholung des gegenwärtigen Nothstandes unmöglich gemacht werden solle. Ein hiermit in Verbindung stehendes Gerücht will sogar wissen, daß von Seiten der Regierung bereits eine namhafte Summe für öffentliche Arbeiten, die im Westerwald vorgenommen werden sollen, ausgesetzt worden sei. Wir glauben jedoch versichern zu können, daß dieses Gerücht bis jetzt noch einer thatsächlichen Unterlage entbehrt. Jedenfalls

ist durch die Intervention der Regierung der Beweis gebracht, daß die Presse bezüglich des Westerwalder Nothstandes sich kaum einer Uebertreibung schuldig gemacht und die Regierung dadurch Gelegenheit erhalten hat, die hilfsbedürftigen Zustände des Westerwaldes gründlich kennen zu lernen; wenigstens soll sich Herr von Diefel selbst in diesem Sinne mehrfach ausgesprochen haben.

Wir berichteten kürzlich über die Anwesenheit einer Menonitendeputation. Ueber die Aufnahme, welche dieselbe beim Könige gehabt, schreibt man dem „Elb. Anz.“: „Der König hat sie höchst gnädig und herzlich empfangen. Er hat ihnen gesagt, er wolle ihr Gewissen nicht bedrängen, das hätten er und seine Vorfahren ja nie gethan. Er werde schon Mittel und Wege finden, in der Ausführung des Wehrgesetzes ihnen gerecht zu werden. Auch dagegen habe er Nichts, daß sie beim Reichstage gegen die betreffende Bestimmung des Wehrgesetzes petitionirten. Sie seien immer brave, gute und treue Untertanen gewesen und hätten das namentlich auch in den letzten Jahren bei den Wahlen bewiesen, was er wisse und anerkenne. Als dann der Älteste Leids leise auf die, ihres Glaubens wegen, doch mögliche Auswanderung der Menoniten deutete und für solchen traurigen Fall um Frist bat, hat der König gesagt: „Auch Das wollten Sie?“

Eine Menge Gerüchte, schreibt man der „R. Ztg.“ aus München, sind im Umlauf über die Verhandlungen, welche die bairische Regierung neuerdings wieder mit den süddeutschen Regierungen über den Abschluß eines Bündnisses aufgenommen hat. Es handelt sich dabei um die Gründung eines Südbundes, welcher bisher sowohl in Württemberg als auch in Baden amtlich für unausführbar bezeichnet worden ist. Daß das neue bairische Bundesprojekt bereits im Detail vorliegt und über die Grundlagen für dasselbe die Verhandlungen schweben, läßt sich aus einzelnen Mittheilungen erkennen. Bayern strebt nach einer hervorragenden Stellung unter den süddeutschen Regierungen, und scheint die bairische Regierung diejenigen Privilegien für sich in Anspruch zu nehmen, welche derselben von Preußen im Juni 1866 zugestanden wurde. Bekanntlich lehnte die bairische Regierung damals die preussischen Propositionen ab. (Wohl nur blinder Lärm, welchen die vor dem Zollparlament hängenden partikularistischen Elemente erregt haben.)

Am 29. Februar starb, wie schon gemeldet worden, zu Nizza König Ludwig Ludwig I. von Baiern, der älteste Sohn und Nachfolger des Königs Maximilian Joseph aus dessen erster Ehe mit Marie Wilhelmine Auguste, Prinzessin von Hessen-Darmstadt, am 25. August 1786 geboren. Derselbe vermählte sich 1810 mit der Prinzessin Theresen von Sachsen-Hildburghausen und bestieg am 13. Oktober 1825 den Thron. Wie der Verstorbenen als Kronprinz das regste Interesse für Wissenschaften und Künste gezeigt, so war auch die erste Zeit seiner Regierung mehr durch die Förderung der Bildhauerkunst, Malerei und Baukunst, als durch die Theilnahme an den Regierungsgeschäften in Anspruch angenommen. Prachtvolle Bauten, unter ihnen in erster Reihe die Pinakothek und Glyptothek zu München legen Zeugnis ab für den schaffenden Geist und den hohen Kunstsinn Ludwigs. Weniger glücklich war derselbe auf dem Gebiete der Dichtkunst, wo er, der „Teutische Teufelskopf“, vermöge seiner originellen Formen keinen Anklang fand. Der Lichtseite der Regierung folgte im dritten Decennium die Schattenseite und es trat eine Reaktion sowohl in politischer als kirchlicher Richtung ein. Mit dem Klerus, von dessen verderblichem Einfluß die Herstellung zahlreicher Klöster zeugt, theilte die bekannte Tänzerin Lola Montez die Herrschaft über den König. Die Ereignisse des Jahres 1848 ließen auch Bayern nicht unberührt und der Entfernung der Lola Montez, zu welcher sich Ludwig in Folge des Aufstandes im Februar 1848 verstehen mußte, folgte wenige Wochen später die Abdankung und Uebergabe der Regierung an Mor II. Seit dieser Zeit hat Ludwig I. lediglich seinen früheren Neigungen und der Liebe zur Kunst gelebt. Aus seiner Ehe mit der Königin Theresen, welche am 26. Oktober 1854 starb, stammen 4 Töchter und 4 Söhne, unter welchen letzteren sein Nachfolger auf dem bairischen Throne, welcher am 10. März 1864 starb, und der gleichfalls bereits verstorbene Otto, Erzkönig von Griechenland.

Am 27. Februar fuhr mit dem Göttinger Zuge von Hannover ein größerer Trupp Soldaten ab. Wie es heißt, sollen in der Stadt Sarstedt Widersehllichkeiten gegen die Polizeibehörde vorgefallen sein, zu deren Niederhaltung das Militär abgesandt worden.

Der weimarische Landtag hat die Abschaffung der Todesstrafe genehmigt.

In Folge der Zutrittsberechtigung für den Besuch preussischer Militär-Unterrichts- und Bildungsanstalten sind zu dem bevorstehenden neuen Aufnahmeterrin für das Kadetten-Korps zum ersten Male junge Leute aus dem Bereich aller norddeutschen Staatengebiete, sowie aus Baden und dem Großherzogthum Hessen in einer beträchtlichen Anzahl angemeldet worden.

Für die in den Invalidenhäusern befindlichen Veteranen ist nachgegeben worden, daß dieselben nach ihrem Ermessen dauernd in ihre Heimath beurlaubt werden können, unter fernerer Gewährung aller ihnen bis zu ihrem event. Ausscheiden zugestandenen Kompetenzen an Löhnung, Bekleidungsstücken und sonstigen Benefizien. Ebenso soll für solche Ausgeschiedenen eine spätere Wiederaufnahme in ihr früheres Verhältniß gestattet sein.

**Karlsruhe, 28. Februar.** Dem „Schwäb. Merkur“ wird geschrieben: Heute fand die feierliche Beerdigung des neuen Kriegsministers v. Beyer im Residenzschloß statt. Wie man hört, hat der Großherzog eine von den edelsten patriotischen Gefühlen erfüllte Ansprache gehalten.

## Ausland.

**Wien, 29. Februar.** Die Reichsrathsdelegation hat das Reichsbudget im Betrage von 69,192,942 Gulden en bloc angenommen und zwar nach dem mit Zustimmung der Regierung vorgenommenen Generalabstrich von drei Millionen. — Das „Fremdenblatt“ meldet, daß morgen unter Vorsitz des Kaisers ein Ministerrath abgehalten werden wird. Als Beratungsgegenstände werden die Deckung des Ausfalls im Budget für 1868 und die Konfordsfrage bezeichnet.

**Wien, 1. März.** Die „Neue fr. Presse“ meldet, daß die Regierung den projektirten Verkauf der Staatsgüter auszuführen und in nächster Zeit eine darauf bezügliche Vorlage einzubringen beabsichtigt. Der Kaufpreis soll 15 Millionen Gulden betragen. — Das Konsortium, welches schon früher 6 Millionen des neuen steuerfreien Anlehens übernommen, hat von der Regierung weitere 6 Millionen desselben gekauft.

Die „Debatte“ erfährt aus Konstantinopel, daß eine Circulardepeche der Pforte die fortgesetzte Unterstützung des kretensischen Aufstandes von außen her konstatirt. Die Pforte beklagt es, daß in Folge hiervon die Mission des Großveziers, welche die vollständige Pacificirung der Insel bezweckte, nur einen unvollständigen Erfolg gehabt habe.

Das neue „Fremdenblatt“ theilt mit, daß mittelst Allerhöchster Entschliessung Erzherzog Leopold seines Postens als Inspektor der Marine- und der Flotte entlassen und Admiral Tegethoff zum Ober-Kommandanten der Marine ernannt worden ist.

**Paris, 28. Februar.** Pariser Blätter fahren fort, dem Prinzen Napoleon auf seiner Reise nach Norddeutschland eine politische Mission zuzuschreiben. Zunächst soll er die zwischen Preußen und Frankreich obwaltenden guten Beziehungen befestigen, ferner ist es der Wunsch Napoleons III., bei den von ihm beabsichtigten ersten Verhandlungen mit Rußland von Preußen eine wohlwollende Neutralität zu erhalten. Nach der Versicherung derjenigen, die sonst über die Pläne des französischen Ministeriums des Aeußern wohl unterrichtet sind, ist das Tulerienkabinet entschlossen, die jetzige Situation zu benutzen und seinen gesunkenen Einfluß im Orient eben so zu heben, wie es ihn durch die Schlacht bei Mentana in Italien gehoben zu haben glaubt. Es will demnach von Rußland ausdrücklichen und garantirten Verzicht auf alle seine Bestrebungen gegen die Integrität der Türkei fordern und es giebt sich den Anschein, als schreie es nöthigenfalls nicht den Krieg. Indes hat diese Auffassung der Absicht Napoleons III. viel Unwahrscheinliches. Der Augenblick zu einer kategorischen Anfrage bei Rußland dürfte nicht besonders glücklich gewählt sein, da letztere Macht selbst bei sich zu Hause gegen die panslawistische Presse sehr streng vorgeht und Alles thut, um selbst den Schein zu meiden, daß sie den Agitationen ihrer Panslawisten auch nur im Entferntesten zustimmen. Eine zuverlässige Erklärung Rußlands dürfte der vermeintlich gespannten Lage ein Ende machen.

Kaum hat das Ehrengericht, welches über die Verdächtigungen mehrerer Pariser Journale durch Kerveguen zu urtheilen hatte, seinen Spruch dahin abgegeben, daß jene Beschuldigungen keine Begründung gefunden haben, so beginnt das „Pays“ den Streit aufs Neue. Es enthält nämlich folgende Note: „Das Ehrengericht erklärt, keinen Beweis, keinen Verdacht gefunden zu haben, die der Art sind, den in dem von dem Journal „La Financiere“ veröffentlichten Schreiben enthaltenen Behauptungen, welche Herr v. Kerveguen auf die Tribüne brachte, Glauben beimessen zu können. Wir werfen uns nicht zum Richter der Beweggründe auf, welche die Ueberzeugungen und den Spruch des Ehrengerichtes bestimmt haben; wir erklären aber, daß Dokumente existiren, welche die öffentliche Meinung über die Beziehungen aufklären können, welche zwischen einem Theile der französischen Presse und den fremden Regierungen bestanden haben. Die Dokumente, welche von fremden Ministern unterzeichnet sind und Geld- und Ordenssendungen ankündigen, befinden sich in unseren Händen. Wenn die in diesen Aktenstücken genannten Journale, d. h. wenn das „Sicdele“, die „Opinion Nationale“, die „Debatte“, die „Liberte“, das „Avenir National“, die „Revue des deux Mondes“ sich förmlich verpflichten, uns nicht bei Gelegenheit der Veröffentlichung dieser, alle dem famosen sechsten Pakete der Nachlassenschaft La Barrenne's entnommenen Dokumente zu nahe zu treten, so werden wir dieselben sofort veröffentlichen. Wir erwarten die Antwort dieser Journale.“ So weit das „Pays“. Diese Note dürfte um so mehr Beachtung verdienen, als das Gerücht geht, sie gehe nicht allein von der Redaktion des „Pays“ aus und sei vielmehr von der Regierung inspirirt. Das Verfahren der Regierung dürfte aber, falls sie wirklich ihre Hand dazwischen haben sollte, um so weniger zu billigen sein, als sie weiß, daß der Vormund der Kinder des Herrn de la Barrenne die Veröffentlichung von Papieren schwerlich zugeben wird. In Folge dessen erwartet man für nächsten Montag eine wahrhaft furchtbare Sitzung. Die Linke will auf der Rednerbühne eine eklatante Gemüthsbildung für diese Herausforderung nehmen. Doch haben sich die betreffenden Blätter noch nicht über die gemeinsam in dieser Angelegenheit zu treffenden Maßregeln verständigen können.

**Paris, 29. Februar.** Die „Patrie“ bezeichnet die Wiederberufung der Umlauber von der königlichen Garde als keinen ungewöhnlichen Umstand, sondern als lediglich durch das Militärreglement erfordert. — In Betreff der Lage in den Donaufürstenthümern meldet die „Patrie“, daß dort eine größere Beruhigung der Gemüther eingetreten sei und Alles zu der Hoffnung berechtige, daß die Regierungen, welche durch ihre bisherige Haltung den Bestmächten Anlaß zu Reklamationen gegeben, keine Anstrengungen scheuen werden, um die zum Nachtheil der Interessen der Bevölkerung begangenen Irrthümer wieder gut zu machen.

